3.7	Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und den übrigen Anlagen für 2003

Nachfolgend die einzelnen Haushaltsreden:

Rede zum Haushalt 2003, CDU-Fraktion:

Haushaltsrede der CDU-Fraktion Eitorf für das HH-Jahr 2003
am 16.12.2002 (Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Man hält uns die Kehle zu und trotzdem versuchen wir noch zu singen und nicht nur zu krächzen“.
So oder so ähnlich müssen wir uns als Kommunalpolitiker vorkommen, wenn wir die vorliegenden Daten anschauen

- *des Haushaltsplanentwurfs unseres Bürgermeisters*
- *des Haushaltsplanentwurfs des Landrates*
- *des Landeshaushalts NRW*
- *des Bundeshaushalts und*
- *der letzten Steuerschätzung vom November dieses Jahres.*

So habe ich im vergangenen Jahr am 10. Dezember meine Haushaltsrede begonnen.
Vor 12 Monaten konnte man noch davon ausgehen, dass es nicht mehr schlimmer kommen könne.
Weit gefehlt!
Von dem, was ich im Dezember 2001 angesprochen habe z.B.

„Die Tatsache, dass sich die Kommunen immer weiter von der in Artikel 28, Abs. 2 GG vorgesehenen Gewährleistung der Selbstverwaltung und dem Recht auf finanzielle Eigenverantwortung entfernen, dank der kräftigen Hilfe von Bund und Land.“
Oder,
„dass bei den vergangenen Steuerreformprojekten die kommunale Ebene im Vergleich zu Bund und Ländern bei der Verteilung der reformbedingten Steuermindereinnahmen bezogen auf den jeweiligen Anteil an den Steuereinnahmen überproportional belastet wurde.“

Von dieser Darstellung am 12.12.2001 also kann ich leider nichts zurück nehmen.
Im Gegenteil!
Die Papiermenge des Gemeindehaushaltsentwurfs 2003 steht im umgekehrten Verhältnis zu den Möglichkeiten der freien Entfaltung und Gestaltung in unserer Gemeinde.
Ich könnte daher noch viele Mängel aufführen, die auch in diesem Jahr, allerdings in verschärfter Form dazu führen, dass die kommunalen Haushalte strukturell nicht mehr auszugleichen sind.
*Der von meiner Fraktion vorgelegte **Resolutionsentwurf**, den wir heute beraten und hoffentlich gemeinsam beschließen werden, zeigt in seiner Begründung noch etliche dieser Gründe auf für die miese Finanzsituation nicht nur in unserer Gemeinde.*

Eines ist jedoch heute schon sicher:
*So wie die derzeitige **Bundesregierung** agiert oder besser gesagt nicht agiert, geschweige denn regiert, wird die Lage der Kommunen nicht verbessert werden.*
Zu Recht fühlen sich nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Städte, Kreise und Gemeinden durch das unsägliche Hüh und Hott der Fuhrleute in Berlin vera... , aber das haben ja auch schon viele andere festgestellt.
Mittlerweile zeigen die Umfragen, dass mehr als Zweidrittel der Wählerinnen und Wähler mit der Regierung unzufrieden sind und kein Vertrauen in sie haben.
Dies spiegelt sich auch eindeutig in den Zahlen über die deutsche Wirtschaft wieder und in der Stimmung bei Verbrauchern.
„Was wir machen, ist richtig: weniger für den privaten Konsum- und mehr dem Staat Geld geben“, Originalton Franz Müntefering.

- hier fällt mir der Vergleich von Friedrich Merz ein, das gleiche dem Auftrag an einen Bernhardiner, einen Wurstvorrat anzulegen -
Andere in der gleichen Regierung z.B.
(Frau Scheel von den Grünen), oder außerhalb der Regierung z.B. der mittlerweile geächtete Oskar Lafontaine sowie die Gewerkschaften
wollen die Binnennachfrage stärken.
Wer nun meint: Wenn schon nicht die Bundesregierung die Kommunen stützt, dann werde ja wohl die ***Landesregierung*** *ihrer Verantwortung den Kommunen gegenüber gerecht, hat sich wieder einmal getäuscht.*
Rot-Grün in Düsseldorf ist das eigene finanzpolitische Hemd näher als der Rock seiner gebeutelten Kommunen.
Reihenweise wurden Kürzungen in den HH-Entwurf 2003 eingeplant, die zum großen Teil auch die Finanzen der Gemeinden betreffen, ohne dass diese dagegen irgendwelche Mittel in der Hand haben. Ich erspare mir hier eine Aufzählung, kann sie bei Bedarf jedoch gerne liefern.
Nur eine Zahl zur Klarstellung: Die Kommunen und Landschaftsverbände erhalten 2003 über die Schlüsselzuweisungen real rd. 5,28 Mrd. Euro, das sind mehr als 10 % weniger als im Jahr 2002 !!
Im Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes wird getrickst und verschoben, damit zumindest auf dem Papier noch ein verfassungskonformer Landeshaushalt errechnet werden kann.
Und entgegen der Daten des Ifo-Gutachtens zur Gemeindefinanzierung erfolgt erneut eine Änderung der Verteilungskriterien zulasten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Hierdurch werden weitere Kürzungen bei den Mittelzuweisungen in Höhe von voraussichtlich mindestens rd. 370 Mio. Euro, zu etwa zwei Drittel von den kreisangehörigen Kommunen und nur zu etwa einem Drittel von den kreisfreien Städten getragen.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang noch einmal daran, dass bereits durch die Veränderung der Hauptansatzstaffel, d.h. die Veredelung der Einwohner in den großen Städten, eine Umverteilung von GFG-Mitteln zu Gunsten der Großstädte in Höhe von rd. 100 Mio. Euro erfolgen wird.
Als Erläuterung: Durch die Hauptansatzstaffel wird sicher gestellt, dass z.B. der Bürger in Köln bei der Mittelzuweisung des Landes nach dem GFG um 57 % besser bewertet wird, als z.B. die Bürgerin in Eitorf.
Die sieben Millionen Einwohner der 23 kreisfreien Städte erhalten künftig rd. 55 % der Schlüsselzuweisungen, während die elf Millionen Einwohner der 373 kreisangehörigen Kommunen nur 45 % bekommen.
Eine neue Erfindung ist auch die „investive Schlüsselzuweisung“, die einen Anteil von 4,4 % der allgemeinen Schlüsselzuweisungen betragen soll.
Nach radikaler Kürzung der Investitionspauschale erfindet die rotgrüne Landesregierung nun dieses neue Vehikel als weiteren Trick, die Verfassungsmäßigkeit des Landeshaushalts zu erreichen. Auch bei diesem Teil der Schlüsselzuweisungen bleibt das krasse Missverhältnis Stadt/Land bestehen.
Anstatt sich um die Konsolidierung des Haushaltes zu bemühen und weil es zurzeit scheinbar nichts Wichtigeres zu entscheiden gibt, gefällt sich die Landesregierung z.B. darin, ein neues Bestattungsgesetz zu beschließen, damit die Oma die Urne mit der Asche vom Opa aufs Küchenbüfett stellen darf.

Der neue Ministerpräsident und ehemalige Finanzminister Peer Steinbrück kommt mir vor wie der Nikolaus, der, statt die vor der Tür stehenden Schuhe mit Gaben zu füllen, die Schuhe selbst noch mitnimmt und verscherbelt.

Der Vertrauensverlust der Politik in Bund und Land soll und darf nicht durchschlagen auf unsere Gemeinde mit ihrem engagierten, kompetenten und vertrauenswürdigen Bürgermeister und einer effektiv und effizient arbeitenden Verwaltung.
Dazu werden wir, also die CDU-Fraktion hier im Rat, alle Möglichkeiten ausschöpfen, die einem Gemeinderat überhaupt noch verbleiben.
Durch die restriktiven Finanzzuweisungen seitens der Landesregierung wird ja, und soll ja vielleicht auch erreicht werden, dass wir hier vor Ort den Ärger unserer Bürgerinnen und Bürger entgegen nehmen müssen und diese glauben sollen, dass die CDU ihrer bei der Kommunalwahl im Jahr 1999 übertragenen Verantwortung

nicht gerecht wird.
Dazu stelle ich fest: Wenn sich alle staatlichen Institutionen und Ebenen so verhalten würden, wie wir das in Eitorf seit Jahren praktizieren, ginge es dem Staat in finanzieller Hinsicht wesentlich besser!

Hinsichtlich der Finanzen bleibt festzuhalten, dass eine komplette Erneuerung der Gesetzgebung für die Gemeindefinanzierung kurzfristig erfolgen muss, damit die Kommunen ihrer Pflicht zur Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger wieder im vollen Umfang nachkommen können.
Dies hat auch die Konferenz der Innenminister und – senatoren in einem Beschluss am 5./6. Dezember 2002, also vor knapp zwei Wochen, festgestellt.
In der letzten Sitzung des Hauptausschusses habe ich bereits darauf hingewiesen, dass nach der Steuerschätzung im November 2002 bundesweit mit Einnahmeausfällen der Kommunen für 2002 mit rd. 2,4 Mrd. Euro und für 2003 mit rd. 2,9 Mrd. Euro zu rechnen ist und die Kommunen in NRW für 2003 Minderzuweisungen in Höhe von rd. 370 Mio. Euro verkraften müssen.
Dies bedeutet für unsere Gemeinde ein weiteres Finanzloch im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt. Dazu kommen noch geringere Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer.

Andere Gemeinden im Rhein-Sieg-Kreis führen schon seit Jahren die Erträge ihrer Werke dem Gemeindehaushalt zu. Wir haben bisher lediglich rd. 97 TEuro jährlich als Eigenkapitalverzinsung von den Werken an den Gemeindehaushalt abgeführt.
In einer Situation wie sie sich derzeit darstellt, muss es selbstverständlich sein, dass die gesunde Tochter der ohne Eigenverschulden kränkelnden Mutter finanziell unter die Arme greift. Dies soll geschehen, durch die Abführung des Gewinns der Gemeindewerke – Entsorgung- aus dem Jahr 2001 in voller Höhe.

Steuern.
Von rd. 18,3 Mio. Euro Einnahmen bleiben unserer Gemeinde nach Zahlung von Gewerbesteuerumlage, Solidarbeitrag, Kreisumlage, ÖPNV-Umlage nur noch rd. 9,3 Mio. Euro übrig!!

Eine unpopuläre jedoch zwingend erforderliche Maßnahme, die vom Bürgermeister vorgeschlagen und von der CDU-Fraktion, und hoffentlich von allen verantwortungsbewussten Damen und Herren hier im Rat beschlossen wird, ist die Anhebung der Steuersätze bei der Grundsteuer B von 340 auf 400 % und der Gewerbesteuer von 400 auf 420 %.
Die SPD hat ja bereits vor einiger Zeit in einer Sitzung des Hauptausschusses erklärt, dass der Bürgermeister bereits in der Vergangenheit diese Steuersätze hätte erhöhen sollen. Insofern wäre heute ihre Zustimmung nur eine logische Folge.

Diese Steuererhöhungen, der Bürgermeister hat dies bereits mehrfach erläutert, sind zwingend, unter anderem, weil das Land die fiktiven Hebesätze erhöht hat. Das wirkt sich auf die Berechnung der Finanzkraft der Gemeinde aus und als Folge davon werden sowohl die Zuweisungen (z.B. Schlüsselzuweisungen), als auch die Abführungsbeträge (z.B. Kreisumlage) auf der Basis der höheren Steuersätze berechnet; unabhängig davon, ob die Gemeinde tatsächlich die höheren Steuereinnahmen erzielt oder nicht.
Diese Landesregierung ist über die Gewerbesteuerumlage auch direkt an den erzwungenen Mehreinnahmen über die Erhöhung des eben genannten Gewerbesteuerhebesatzes beteiligt.

Haushaltssicherungskonzept (HSK).
Meine Damen und Herren,

ein nicht ausgeglichener Haushalt würde zwangsläufig die Vorlage eines genehmigungsfähigen HSK mit allen sich daraus ergebenden Folgerungen für unsere noch bestehenden freiwilligen Ausgaben bedeuten.
Ich nenne hier nur beispielhaft

- *Den Betrieb des Hermann-Weber-Bades: rd. 260 TEuro ohne Zins u. Tilgung*
  Die Gemeindebücherei: 116 T€
  Die Offene Jugendarbeit: 86 T€ von insgesamt 135 T€
  Die Betriebskostenzuschüsse für die Kindergärten: 190 T€
  Die Unterhaltung und Ergänzung der Spielplätze: 32 T€ im VwH und 5600 € im VmH
  Die Unterhaltung des Bürgerzentrums: 76 T€
  Kultur- und Sportförderung:
  Vereinsförderung (z.B. rd. 2 TEuro für den Partnerschaftsverein Bouchain/Halesworth)

Nicht genannt habe ich die dringend erforderlichen und durch Kredite zu finanzierenden Investitionen (z.B. Feuerwehr, Schulen, Straßenbau usw.), deren Zinsanteil ja im Verwaltungshaushalt zu tragen ist.
Wir sollten uns also kein Beispiel an der Bundesregierung nehmen, die unter Schröder, Eichel und Co. Ihren Haushalt sehenden Auges an die Wand fährt.
Genau in diese Richtung zielen jedoch auch z.B. die Forderungen der Eitorfer SPD nach einer Gesamtschule, ohne Berücksichtigung der Kosten und ihrer Finanzierung.

Es bleiben noch genügend Risiken offen, die z.B. durch die voraussichtlich nicht ausgeglichenen Haushalte des Rhein-Sieg-Kreises und des Landschaftsverbands Rheinland auf uns zu kommen.
Wer angesichts dieser Haushaltslage nach „Visionen“ ruft, dem kann ich mit dem Altbundeskanzler Helmut Schmidt nur raten: „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.“

Lassen Sie mich nun noch auf einige Teilbereiche des vorliegenden Haushaltsentwurfs eingehen.
Stellenplan
Hinsichtlich des Stellenplanes und den damit verbundenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möchte ich die Erläuterungen des Bürgermeisters, die er bereits im Rat, im Personalausschuss und im Hauptausschuss gegeben hat, unterstreichen und ergänzen:
Die Behauptung im Pressedienst einer im Rat vertretenen Partei, „auf Kosten der Steuerzahler werde die Verwaltung weiter vergrößert“ wäre so sicher nicht aufgestellt worden, wenn sich der „freundliche Mitbürger“ z.B. bei der Beratung des Stellenplanes im öffentlichen Teil der letzten Sitzung des Personalausschusses sachkundig gemacht hätte.
Auch der Antrag, die Personalkosten um rd. 100 TEuro pauschal zu senken, lässt nicht unbedingt auf Sachkenntnis schließen. Genau so gut oder so schlecht könnten wir beschließen, dass der Eipbach ab Januar 2003 ins Schwarze Meer fließen soll. Auch das wäre wirkungslos. Gott sei Dank haben die Antragsteller das wohl eingesehen und den Antrag im Hauptausschuss wieder zurück gezogen.
Die Zahl der ausgewiesenen Planstellen alleine sagt weder etwas aus über die Zahl der damit zusammen hängenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, noch über das Verhältnis der Mitarbeiterzahl zur Einwohnerzahl. Gerade Letzteres ist jedoch einer der Maßstäbe, um die Effizienz einer Verwaltung darzustellen.
Im Jahr 1997 z.B. wurden 6,9 Planstellen (Gemeindeverwaltung und Werke) je 1000 Einwohner nachgewiesen, im kommenden Jahr sind dies nur noch 6,55 Planstellen je 1000 Einwohner. Sie erkennen daran, dass trotz steigender Einwohnerzahl und damit auch vermehrt nachgefragter Dienstleistungen, die Zahl der Planstellen gesunken ist.
Die CDU-Fraktion ist mit dem Bürgermeister der Meinung, dass Einsparungen lediglich noch dadurch möglich sind, frei werdende Stellen vorübergehend oder auf Dauer nicht wieder zu besetzen, Kündigungen, soweit sie überhaupt nach Tarifrecht möglich wären, jedoch auszuschließen sind.
Jedenfalls werden wir nicht zulassen, dass eine gut und erfolgreich arbeitende Verwaltung in Bausch und Bogen abqualifiziert wird.

Schulen

Wie ich bereits im vergangenen Jahr befürchtet habe, ist die Schulpauschale gekürzt worden
2002 = 421 TEuro, 2003 = 398 TEuro .
Das bedeutet erneut eine Kürzung der Mittel gegenüber dem Jahr 2001, vor der Einführung dieser pauschalen „Wohltat“.
Unsere Gemeindezuschüsse für Sachmittel bleiben gleichwohl unverändert erhalten. Welche Zusatzausgaben in Verbindung mit der Einführung der Offenen Ganztagsgrundschule auf uns zu kommen, ist noch nicht insgesamt absehbar.
Denn die Arbeit der neuen Schulministerin, Frau Schäfer, beginnt mit einem gigantischen Betrugsmanöver. Das so genannte Projekt ‚offene Ganztagsgrundschulen' entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als ein Projekt zulasten Dritter: Eine Ganztagsgruppe entsteht nur, wenn jede Kommune nach Aussage von Experten pro Schüler über 400 € hinzusteuert. Und das bei der jetzigen desaströsen Finanzlage der Kommunen. Das Land bestellt die Ganztagsschulen und die Kommunen müssen wieder einmal den Bärenanteil übernehmen.
Auch die groß angekündigten zusätzlichen Lehrer bedeuten am Ende für nur 10 % der Grundschulen jeweils eine 1/3 Lehrerstelle. Eine 1/3 Lehrerstelle für die wenigen Grundschulen, die sich beginnend mit Klasse eins beteiligen können. Das ist der blanke Hohn.

Die Schülerbeförderung muss zuverlässig und pünktlich sein. Daher soll auch das bewährte System des Schülerspezialverkehrs erhalten bleiben, zumal auch zukünftig eine Ausweitung des ÖPNV nicht mehr finanzierbar sein wird. Die im Rahmen des Schülertransports stattfindende Taxibeförderung sollte neu ausgeschrieben werden, weil ein größerer Kreis potenzieller Leistungsanbieter zu einer Senkung dieser Kosten führen wird. Hier sind auch Alternativen zu prüfen.

Planungen und Verkehr:
Gewerbegebiet Altebach II:
Die Anzahl der Arbeitsplätze geht bundesweit zurück und Rot-Grün in Berlin und Düsseldorf ist nicht in der Lage, die mittlerweile bei mehr als 4 Mio. liegende Zahl der Arbeitslosen zu verringern.
Umso mehr ist es auch unsere Aufgabe als Gemeinderat, durch Bereitstellung von Flächen für Gewerbeansiedlung Arbeitsplätze zu erhalten und Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze zu schaffen. Daher wird die CDU-Fraktion auch weiter an der Ausweisung entsprechender Flächen im neuen GEP arbeiten.
Hier geht es nicht darum, eine Schlacht zu gewinnen oder um Sieg oder Niederlage bei einer Abstimmung in einer Kommission, sondern darum, die Möglichkeit zu wahren für die Schaffung von Arbeitsplätzen in unserer Gemeinde.
Menschen haben die Biotope für den Moorbläuling geschaffen, der Moorbläuling schafft aber keine Arbeitsplätze für Menschen. Ich sage das als jemand, der seit beinahe 45 Jahren in der Natur und für die Natur arbeitet:
„Hier müssen die Relationen wieder zu Gunsten der Menschen gerade gerückt werden.“

Leienberg/Klösterchen
Wenn sich auch die Planungen hinsichtlich einer sinnvollen und städtebaulich ansprechenden Bebauung des Bereichs am Leienberg bisher nicht realisieren ließen, ist dies jedoch nach wie vor ein Ziel der CDU-Fraktion und des Bürgermeisters.
In diese Planungen gehört ebenfalls die weitere Nutzung des Bereichs Asbacher Straße/Mittelstraße/Cäcilienstraße des ehemaligen Klösterchens.
Wir werden uns jedoch dabei nicht unter Zeitdruck setzen lassen, da es sich bei beiden Gebieten um die letzten Kernstücke im Zentralort handelt.

Ausbau Kreuzung Siegstraße/ Im Auel
Der für 2004 geplante Ausbau der Kreuzung Siegtalstraße/Im Auel mit Kosten von voraussichtlich 215 TEuro dient überwiegend zur besseren Erreichbarkeit der mittlerweile dort angesiedelten Einzelhandelsgroßmärkte. Logisch ist deshalb nach meiner Meinung auch eine Beteiligung dieser Betriebe an den Kosten dieser Baumaßnahme.
In Niederkassel z.B. wird LIDL eine Straße auf eigene Kosten ausbauen und gestalten.
Die Planungsmaßnahmen zur Ermittlung von Umbaumöglichkeiten der Kreuzung

wurden bereits in Auftrag gegeben.
Die Verwaltung soll deshalb mit den infrage kommenden Betrieben Gespräche führen mit dem Ziel, eine Kostenbeteiligung zu erreichen.
Straßen und Brücken.
Der Ansatz im Vermögenshaushalt in Höhe von 120 TEuro für die Instandsetzung unserer Straßen soll aufgestockt werden durch die vorgesehen 32.500 Euro der HH-Stelle 6300.9503.7, da die Instandsetzung von Brücken, und dies haben wir in der Vergangenheit mehrfach beobachten können, oft über das erforderliche Maß hinaus geht.

Hochwasserschutz.
Die Hochwasserschäden in Bach und anderen Ortsteilen nach den Starkregenfällen am 28. August 2002 haben nicht nur zu einer Welle im Krabach, sondern auch zu einer Welle der Hilfsbereitschaft geführt. Dies zeigt, dass nicht immer nur die hilfsbereite öffentliche Hand gefragt ist, sondern auch Bürgerinnen und Bürger bereit sind, den in Not geratenen Mitmenschen zu helfen. Ich möchte an dieser Stelle all denen danken, die zu der bisherigen Spendensumme in Höhe von rd. 150 TEuro beigetragen haben und natürlich auch dem Bürgermeister, der durch seinen persönlichen Einsatz die Voraussetzungen für diese Spendenbereitschaft geschaffen hat. Ebenso möchte ich den beim Hochwasserereignis eingesetzten Hilfskräften, gleichgültig ob sie sich privat engagierten oder einer Organisation angehören meinen Dank aussprechen.
Das Land NRW hat sich trotz vieler Bemühungen durch Landtagsabgeordnete, Kreistag, Rat und Verwaltung nicht an der Hilfeleistung beteiligt. Der Rhein-Sieg-Kreis, obwohl selbst finanzschwach, hat jedoch 50 TEuro zur Verfügung gestellt.

Es wird unsere Aufgabe in den Fachausschüssen und im Rat sein, die Schäden an gemeindlicher Infrastruktur in der beachtlichen Größenordnung von ca. 250 TEuro zu beseitigen, sowie Maßnahmen in die Wege zu leiten, die zukünftig ein solches Ereignis verhindern helfen. Verschiedene kurz-, mittel- und langfristig mögliche Alternativen wurden uns und den Bürgerinnen und Bürgern in der vergangenen Woche durch das Planungsbüro Schumacher und den Wasserverband vorgestellt. Ich bin der Meinung, dass wir uns über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg darum bemühen müssen, im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel für die gefährdeten Menschen und unsere Umwelt eine vernünftige Lösung zu finden. Profilierungsversuche einzelner Ratsmitglieder oder Lobbyvertreter bringen uns dabei jedoch nicht weiter!

AST:
Wie der Bürgermeister bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs bereits darstellte, ist die Einführung des AST-Verkehrs mit Kosten in Höhe von ca. 41 TEuro im kommenden Jahr nicht möglich.
Hier nützt aller guter Wille nichts, der Haushalt gibt das Geld dafür nicht her! Auch die Folgekosten in den nächsten Jahren, selbst wenn sie zu 50% vom Kreis getragen würden, sind nicht zu übernehmen.
Mittlerweile wollen andere Kommunen ihr Angebot im AST-Verkehr zurück fahren oder planen sogar den Wegfall.
Hinzu kommt, dass der Haushalt des Kreises mit einem so hohen Risiko behaftet ist (voraussichtlich 30 Mio. Euro für 2003!), dass die Bezuschussung des Verlustanteils völlig in der Luft hängt.
Man sollte daher den Bürgerinnen und Bürgern nichts vorgaukeln, was unter den derzeitigen Voraussetzungen auf Dauer nicht zu halten ist.
Auch ein Taxi-Bus-System, wie es z.B. im Kreis Euskirchen erprobt wird, ist abhängig von vielen Faktoren, insbesondere von der Siedlungsdichte und – struktur sowie der Intensität der Nutzung und es ist sehr wahrscheinlich, dass der Kostendeckungsgrad noch geringer ist als beim AST.
Die Voraussetzungen für einen so genannten „Bürgerbus", wie er in Teilen des Oberbergischen Kreises existiert, sollten auch erst dann geprüft werden, wenn eine entsprechende Nachfrage besteht.

Anmerkung:
Abweichend vom Redekonzept geht Herr Schmidt an dieser Stelle auf die Situation

am Bahnhof ein. So führt er aus, dass das Gebäude seit Monaten geschlossen sei, ohne dass eine Wieder-Inbetriebnahme abzusehen ist. Die Situation sei den Fahrgästen vor allem in den Wintermonaten nicht länger zuzumuten. Er habe deshalb ein Schreiben an den Bürgermeister formuliert. Ziel sei eine Kontaktaufnahme mit der Bahn, um eine erträgliche Lösung für die Fahrgäste herbeizuführen.

Sozialhilfe

Der Gemeindeanteil an der Hilfe zum Lebensunterhalt steigt um rd. 270 T€ (63%) bei insgesamt rd. 695 T€
Die Nettokosten für Asylbewerber betragen rd. 300 T€ !!
Zusammen müssen wir also rd. 1 Mio. Euro für diesen Bereich einsetzen.
Dazu kommt noch der entsprechende Anteil im Rahmen der Kreisumlage.
Diese Feststellung ist nicht vorrangig eine Kritik an dem betroffenen Personenkreis, sondern Kritik daran, dass Bund und Land zunehmend Aufgaben auf die Kommunen abwälzen, ohne entsprechende Unterstützung zu gewähren.
Auch die Folgen des am 1.1.2003 in Kraft tretenden Grundsicherungsgesetzes werden voraussichtlich zu Mehrkosten beim Kreis in Höhe von 3 Mio. Euro führen.
Die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bewirkt u.a., dass nicht vermittelbare Sozialhilfeempfänger auf Dauer in der Sozialhilfe der Kommune verbleiben und dass die bisher schon erbrachten Vorleistungen durch besonders geschulte Kräfte unseres Sozialamtes sich nicht mehr oder nicht mehr so effizient auswirken.
Es ist jedoch auch zukünftig wünschenswert, die Zusammenarbeit zwischen Sozialamt und „Job-Offensive“ fortzusetzen.
Unabhängig von bzw. in Verbindung mit gesetzlichen Neuregelungen fordern wir nach wie vor, die Heranziehung arbeitsfähiger Sozialhilfeempfänger zu gemeinnützigen Arbeiten fortzusetzen und zu intensivieren.

Kultur

Es ist erfreulich, wie sich durch engagierte Arbeit von Verwaltung, Vereinen und privaten Förderern – das ist nur eine Reihenfolge, keine Rangfolge! - die kulturellen Veranstaltungen in unserer Gemeinde entwickelt haben.
Es ist daher in Anbetracht unserer Finanzsituation zu verantworten, den Zuschuss zu senken, zumal absehbar ist, dass einzelne Großveranstaltungen mit ihrem Ertrag die anderen Veranstaltungen mit relativ hohen Pro-Kopf-Zuschüssen mitfinanzieren werden.
Die auf Antrag der CDU-Fraktion seit einigen Jahren durchgeführten Eitorfer Kunsttage sind mittlerweile zu einer Veranstaltung geworden, die weit über die Gemeindegrenzen hinaus bekannt ist und damit auch Bewerber aus der Region anlockt. Dies ist zu begrüßen, zumal damit das Niveau stark angehoben wurde. Fachleute aus dem Metier und auch die Fachberichterstatter der Presse haben das ausdrücklich festgestellt. Ein Dank ist hier auch der Schoeller Eitorf AG mit Direktor Hübinger auszusprechen, da durch die Bereitstellung der Ausstellungsräume das für einen solchen Anlass erforderliche Ambiente (Umfeld) geschaffen wurde.

Wenn zu den Eitorfer Kunsttagen nur eine relativ geringe Zahl von Bewerbern zugelassen werden kann, zeigt das nach meiner Meinung, dass weitere Darstellungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden sollten.
Dies geschieht ja zum Beispiel schon im St.-Franziskus-Krankenhaus, dem St. Elisabeth Seniorenheim, dem Schloss Merten, den Geldinstituten, dem Rathaus, im Theater am Park. Was für Malerei und Bildhauerei gilt, gilt natürlich auch für Musik- und Theaterveranstaltungen. Die Verwaltung sollte mit privaten Sponsoren weitere Möglichkeiten zur Ergänzung dieser kulturellen Veranstaltungen in die Wege leiten. Gerade im Bereich von Kunst und Kultur wird unsere Gesellschaft auf Dauer zunehmend auf privates Sponsoring angewiesen sein, da die öffentlichen Haushalte mehr und mehr nur noch Pflichtaufgaben übernehmen können.

Zum Kulturangebot gehört auch, dass mittlerweile im umgebauten Theater am Park Hochzeiten und andere private Veranstaltungen durchgeführt werden können. Dies ist auch Ergebnis eines Antrags meiner Fraktion.

Die vom Bürgermeister in diesem Jahr erstmals gestartete Aktion „Sauberes Eitorf" war ein Erfolg, wie die Beteiligung vieler Vereine, Organisationen und einzelner Bürgerinnen und Bürger gezeigt hat. Wir begrüßen es daher, dass diese Aktion auch im kommenden Jahr gestartet wird und werden wieder aktiv dabei sein.

Ein ständiges Ärgernis ist nach wie vor die ungenügende Absicherung unseres mit hohem finanziellen Aufwand erstellten Sportplatzes, der Ewald-Müller-Sportanlage. Die unbefugte Benutzung außerhalb der beaufsichtigten Sport- und Trainingsveranstaltungen der berechtigten Vereine führt zu Schäden, die letztlich wieder von der Gemeinde zu beseitigen sind. Hier muss sowohl personell als auch materiell eine bessere Lösung gefunden werden.

Werke:
Zu den Gemeindewerken hat der Bürgermeister bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs ausführlich Stellung genommen.
Zu den guten Rechnungsergebnissen insbesondere im Abwasserbetrieb hat neben einer kompetenten Werkleitung und engagierten Mitarbeitern auch die Arbeit der CDU-Fraktion im Werksausschuss beigetragen. Daher auch die Möglichkeit, Gewinne der Werke zur Stärkung des Gemeindehaushalts heranziehen zu können.

Die CDU-Fraktion steht auch nach wie vor zum Projekt „Cross-boarder-leasing", welches voraussichtlich im Frühjahr 2003 abgeschlossen werden kann.
Bei den Planungen zur Erweiterung unseres Klärwerks sollte die Installation eines Block-Heiz-Kraftwerks vorgesehen werden, da immer noch rd. 70 % des anfallenden Klärgases abgefackelt werden. Hinzu kommt, dass beim eventuell notwendig werdenden Einbau einer Membranfilteranlage der Stromverbrauch stark steigen wird.
Insofern gehen wir davon aus, dass die Wirtschaftlichkeit einer solchen Anlage nun eindeutiger dargestellt werden kann.
Die von der CDU-Fraktion beantragte und vom Werksausschuss bereits beschlossene Aufstellung eines Generalentwässerungsplanes wird unter anderem auch die im Zusammenhang mit den Starkregenfällen am 28.8.02 aufgetretenen Schwachstellen in unserem Kanalsystem aufzeigen und Möglichkeiten zur Abhilfe ermitteln.

***Krankenhaus**:*
Wir können z.Zt. alle die Diskussionen um unser Gesundheitswesen verfolgen. Ein wesentlicher Teil der Gesundheitsvorsorge ist für unsere Gemeinde das St.Franziskus-Krankenhaus als Krankenhaus der Grundversorgung. Wir müssen daher auch zukünftig alles daran setzen, diese wichtige Institution für unsere Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Zur Sicherung gehört der Zusammenschluss mit dem Seniorenwohnheim und die Gründung einer Tochtergesellschaft, damit nicht nur Synergieeffekte hinsichtlich der Bereiche ADV, Haustechnik, Lagerhaltung, Einkauf und Küche entstehen, sondern auch die Belegung von Krankenhaus und Seniorenheim optimiert wird.
Außerdem gehört zur Sicherung die geplante psychiatrische Abteilung als Dependance der Rheinischen Kliniken Bonn des Landschaftsverbandes Rheinland. An dieser Stelle möchte ich dem Bundestagsabgeordneten Uwe Göllner und der zuständigen Fachministerin Birgit Fischer in Düsseldorf für ihren Einsatz und ihre Bereitschaft zur Schaffung der psychiatrischen Dependance in Eitorf danken.
Unabhängig von dieser Maßnahme und einer Vielzahl von Einsparungen gefährdet die rot-grüne Bundesregierung jedoch die Wirtschaftlichkeit unseres Krankenhauses z.B. durch den Beschluss der Nullrunde für Krankenhäuser im Vermittlungsausschuss, da hierdurch z.B. rd. 70 T€ Einnahmen unserem Krankenhauses verloren gehen, obwohl mit einer Kostensteigerung von 4 – 5 % (rd. 300 TEuro – 400 TEuro) zu rechnen ist.
Wir müssen hier auch gleichzeitig um die Erhaltung von Arbeitsplätzen kämpfen und die Eitorfer CDU-Fraktion wird die Geschäftsführung des Krankenhauses unter Leitung von Prof. Dr. Allert in all seinen Bemühungen um unser Krankenhaus unterstützen.

Wir sollten alle politisch noch erforderlichen Entscheidungen zur Konsolidierung

unseres Krankenhauses in gemeinsamer Verantwortung ohne Blick durch die parteipolitische Brille treffen!
Durch die Schaffung eines Gesundheitszentrums rund um unser Krankenhaus können Synergieeffekte sinnvoll genutzt, die Wirtschaftlichkeit gestärkt und die wohnortnahe Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger auf Dauer gesichert werden.

Meine Damen und Herren,

die Eitorfer CDU-Fraktion unterstützt den Appell des Bürgermeisters bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs, die Eigenverantwortung der Bürger zu fordern aber auch zu fördern. Die Gemeinde kann vieles Wünschenswerte nicht, nicht mehr oder nicht im vollen Umfang leisten.
Ein Negativbeispiel für nicht übernommene Eigenverantwortung sind z.B. Forderungen nach Schülertransport über das bisherige Maß hinaus; hier ist Eigeninitiative gefragt, die wir gerne unterstützen wollen.
Positiv dagegen waren die schon vorhin erwähnten Reaktionen vieler Bürgerinnen und Bürger durch Hilfen und Spenden nach dem Hochwasser in Bach am 28.8.02 oder z.B. der Einsatz des Aktivkreises Eitorf und vieler Einzelspender bei der Umgestaltung des Marktplatzes und der Neuanschaffung und Installation der Weihnachtsbeleuchtung.
Schön wäre es, wenn alle Anlieger bereit wären, vor ihren Grundstücken die öffentlichen Baumscheiben und Grünstreifen zu pflegen. Dies würde dem Ortsbild von Eitorf und unseren Dörfern gut tun und gleichzeitig die Gemeinde entlasten.
Es gibt hierzu schon einige gute Beispiele.

Meine Damen und Herren,
verehrte Ratskolleginnen und -kollegen,

der vorliegende Haushaltsentwurf ist mit etlichen Risiken behaftet, auf die wir keinen Einfluss nehmen können, z.B.
⇒ die unberechenbare Steuerpolitik von Bund und Land
⇒ die z.T. willkürliche Durchführung des Kommunalen Finanzausgleichs
⇒ das sinkende Steueraufkommen insgesamt
⇒ unverhältnismäßig steigende Ausgaben im Bereich der Sozialleistungen

Auch erhoffte Einnahmeverbesserungen und eventuelle Einsparungen bei den Ausgaben dürfen uns nicht dazu verleiten, von unserem Konsolidierungskurs abzuweichen. Wo immer möglich, müssen wir auch weiterhin Verbesserungen des Haushaltes dazu nutzen, den Verkauf von Vermögen zurück zu stellen, die Rücklage wieder aufzufüllen und den Kreditbedarf zu senken.

Die CDU-Fraktion wird ihren Anteil zu einer soliden, konstruktiven und seriösen Haushaltspolitik beitragen.
Wir stimmen daher

- *der vorliegenden Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2003*
- *dem Stellenplan 2003*
- *dem Investitionsprogramm 2002 – 2006 und*
- *dem Wirtschaftsplan der Gemeindewerke 2003*

zu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
am Ende des Jahres 2002 möchte ich im Namen der CDU-Fraktion unserem Bürgermeister Peter Patt, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, der Gemeindewerke, des St.-Franziskus-Krankenhauses Eitorf und der St. Elisabeth Seniorenheim Eitorf GmbH für die im abgelaufenen Jahr geleistete Arbeit zum Wohle aller Eitorferinnen und Eitorfer herzlich danken.
Dieser Dank gilt auch der Freiwilligen Feuerwehr sowie allen ehrenamtlichen Kräften in Vereinen und Verbänden, von denen ich hier beispielhaft nennen möchte

den Sozialverband Deutschland
den Gemeindesportbund,
den DRK-Ortsverband Eitorf,
den Aktivkreis Eitorf,
den Verein selbstständiger Handwerker,
den Heimatverein Eitorf und
den Förderverein des Krankenhauses.
Die Polizeibeamten hier vor Ort, auch wenn sie keine Gemeindemitarbeiter sind, schließe ich in meinen Dank ausdrücklich ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir sollten die vor uns liegende Zeit der Besinnung nutzen, unsere körperlichen und geistigen Kräfte zu regenerieren und fest zu stellen, dass Arbeit – auch politische Arbeit- zwar ein wichtiger Teil des Lebens sein kann, keinesfalls jedoch der Lebensinhalt schlechthin.
In diesem Sinne wünsche ich Ihnen schon heute ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches, vor allem gesundes Neues Jahr 2003.

Rede zum Haushalt 2003, SPD-Fraktion:
Ausführungen des SPD Fraktionsvorsitzenden Dietmar Tendler zum Haushaltsentwurf der Gemeinde Eitorf für 2003

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

rundum schwankt der Boden, so hat der Bürgermeister der Stadt Lohmar Horst Schöpe seine Haushaltsrede begonnen und treffender kann man es nicht formulieren. Die Finanzlage von Bund, Ländern, Kreisen und Gemeinden wird immer düsterer. Vor allem die Kommunen stehen zum Jahreswechsel 2002/2003 in einer dramatischen Finanzsituation. Die Ursache liegt zum einen in einem Steuereinbruch bisher ungekannten Ausmaßes. Dieser Einbruch hat im Jahr 2001 begonnen; hier sind die Steuereinnahmen der Kommunen in NRW um 880 Mio. Euro(-6,1%) zurückgegangen; allein die Gewerbesteuer trägt hierzu mit einem Minus von rd. 550 Mio. Euro bei. Zum anderen ist der Steuerverbund 2001 nach den tatsächlichen Einnahmen abzurechnen, was zu einem weiteren Minus in Höhe von 665 Mio. Euro führt. Insgesamt hat sich bekanntlich auf Grund der neuen Steuerschätzungen die Einnahmeerwartung für Steuern im Land um rund 1,9 Mrd. Euro reduziert. Die Kosten für die Deutsche Einheit, die Belastungen unserer Sozialversicherungskassen und die konjunkturelle Entwicklung zeigen ihre Wirkung. Dies führt zu wesentlichen Änderungen beim Gemeindefinanzierungsgesetz. Man muss sich also die Frage stellen, ob unser Entwurf nicht schon in großen Teilen überholt ist. Ich habe den Bürgermeister in einer Sitzung gefragt, ob es nicht Sinn macht, den Entwurf zu einem späteren Zeitpunkt einzubringen. Er hat dies bestritten. Wir werden sehen, ob er richtig gehandelt hat.
Nun könnten wir, wie es Landrat Kühn bei seiner Einbringungsrede zum Entwurf für den Kreis getan hat, von dem rheinischen Grundsatz ausgehen:

„Et hätt noch immer jood jejange.“

Dieser Grundsatz mag, wenn man sich den Entwurf des Kreises ansieht, auch in Ansätzen zutreffen. Der Entwurf geht von einem Defizit von 17,5 Mio. Euro aus. Dabei ist eine Erhöhung der Landschaftsverbandsumlage noch nicht eingerechnet. Der Entwurf des LVR Haushalts geht von einer Umlageerhöhung von 1,6% Punkten aus. Dies bewirkt weitere 8,1, Millionen Euro Minus im Kreishaushalt. Eine weitere Erhöhung der Kreisumlage wäre für Eitorf nicht verkraftbar, diese zeichnet sich aber nach den jüngsten Entwicklungen ab. Nun hat die CDU in der Landschaftsversammlung die Mehrheit und man kann sich hier nicht hinter dem Land oder dem Bund verstecken. Es wird sich also zeigen, ob es der CDU gelingt durch Sparmaßnahmen und Kürzungsvorschläge diese Umlageerhöhung zu verhindern. Die Kreise und Kommunen sind alle sehr gespannt. Ein Teil der jetzt auf den Kreishaushalt

einwirkenden Defizite- nämlich die Reduzierung der Landes-Schlüsselzuweisungen durch die aus dem Jahr 2001 resultierende Negativ-Abrechnung- war schon im Sommer vorhersehbar. Die Kämmerer der Kommunen ziehen in solchen Situationen , wenn plötzlich Haushaltseinbrüche drohen, die Notbremse der Haushaltssperre und sparen selbst kleine Ausgaben ein. Anders der Kreis: Er leistet sich, getragen und beschlossen von der CDU Mehrheit, den Umbau der Kreisbücherei in Sitzungssäle. Eine Maßnahme die jetzt schon 600.000 Euro gekostet hat. Es finden sich immer noch erhebliche freiwillige Ausgaben im Kreishaushalt, die sich keine Gemeinde im Rhein-Sieg Kreis leisten kann. So muss sich aus unserer Sicht der Kreis fragen lassen, ob er auf Kosten der Kommunen knapp 1 Million Euro für eigene Kulturpolitik ausgeben darf, wenn unter anderem dadurch den Gemeinden das nötige Geld für die Pflege ihrer örtlichen kulturellen Identität fehlt. Die offene Defizitausweisung, die nach dem kommunalen Haushaltsrecht erst in 2 Jahren- also nach der nächsten Landrats- und Kreistagswahl-ausgeglichen werden muss, rettet den Kreishaushalt nur buchmäßig. Nach unserer Vorstellung haben die Kommunen einen Anspruch auf reale Planungsdaten vom Rhein-Sieg Kreis, sonst sind auch ihre Haushalte, die nach meinem Kenntnisstand von sehr viel höherem Verzichtsbewusstsein getragen sind als der Kreishaushalt, nur auf Sand gebaut. Ein weiteres Beispiel: In den Kommunen sollen die Personalkosten sinken oder zumindest eingefroren werden, der Landrat sattelt in seinem Entwurf sogar noch 1,8 Mill. Euro drauf. Alles das muss dringend auf den Prüfstand. Oder man handelt in der Tat so, wie es der Landrat in seiner Einbringnungsrede ausgeführt hat: „ Et hätt noch immer jood jejange.“
Die vielfach, auch vom Kollegen Schmidt in jedem Mitteilungsblatt kritisierte Bundesregierung, hat eine Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen eingesetzt. Diese Kommission soll bis Mitte 2003
auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme konkrete Lösungsvorschläge zu den wichtigsten Problemen des kommunalen Finanzsystems erarbeiten.
Was in 16 Jahren konservativer-liberaler Regierung nicht angegangen wurde, packt die Bundesregierung nun an und hat dies in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben.
Wichtig ist nach unserer Einschätzung, dass sich die Kommission nicht nur der Weiterentwicklung des Gemeindesteuersystems zuwendet, sondern-wie mehrfach von der kommunalen Familie eingefordert- auch den größten Ausgabenblock der Kommunen betrachtet, die Sozialhilfe. Im Mittelpunkt der Arbeit der Kommission wird dabei die Prüfung der Frage stehen, wie Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe mit dem Ziel einer besseren Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt miteinander verzahnt und dabei finanzielle Entlastungen insbesondere für die kommunale Ebene erreicht werden können.
CDU/CSU springen mit ihrer Forderung nach einer Reform der Gemeindefinanzen nur auf einen fahrenden Zug auf, denn sie hatten, wie schon gesagt, 16 Jahre Zeit, eine Gemeindefinanzreform anzugehen. Doch sie haben diese Zeit nicht genutzt, sondern im Gegenteil die Gewerbesteuer zu Lasten der Kommunen ausgehöhlt, beispielsweise durch die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer, und sich immer neue Belastungen der Kommunen ausgedacht.

Das die jetzt erhobenen Forderungen für eine Gemeindefinanzreform von CDU/CSU nicht ernst gemeint sind, wird auch daran deutlich, dass CDU/CSU sich für deutliche Steuersenkungen im Rahmen ihres Programms“ 3 mal 40% Prozent“ ausgesprochen haben. Weitere Steuersenkungen, so populär solche Forderungen sind, hätten für die Kommunen Einnahmeausfälle im zweistelligen Milliardenbereich zur Folge. Sie versprechen ständig neue Wohltaten ohne zu sagen, wie sie diese finanzieren wollen und wer die Lasten zu tragen hat. Fazit:
CDU/CSU versuchen sich als kommunalfreundliche Partei darzustellen, in dem sie immer wieder Entlastungen oder mehr Geld für die Kommunen fordern, wie auch heute wieder. Gleichzeitig fordern sie aber unfinanzierbare steuerliche Erleichterungen für die Wirtschaft und den Bürger. Hier wird widersprüchlich argumentiert, ein geschlossenes Konzept ist nicht erkennbar. CDU/CSU wissen eben nur, dass sie alles anders machen wollen, nicht aber, was sie besser machen könnten.
Lassen sie mich auch noch einige Anmerkungen zum viel kritisierten Landeshaushalt machen.
Mit dem Haushalt des Landes, der im Entwurf nun vorliegt, werden die Grunddaten zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen angepasst. Diese Daten spiegeln einer-

seits Finanzbedarf der Kommunen und andererseits ihre Steuerkraft wider. Die Aktualisierung der Grunddaten hat regelmäßig zu erfolgen, dies ist eine Anforderung des Verfassungsgerichtshofs NRW und keine spontane Gemeinheit der rot-grünen Landesregierung. Der Entwurf sieht eine deutliche Anhebung der fiktiven Hebesätze vor:
Grundsteuer A 202%
Grundsteuer B 401%
Gewerbesteuer 424%

Die Anhebung der fiktiven Hebesätze bewirkt, dass sich die Berechnungsgrundlage „Steuerkraftmesszahl" für die einzelnen Kommunen erhöht und damit einen höheren Abzugsposten für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen darstellt. Gleichzeitig erhöht eine größere Steuerkraftmesszahl die Umlagegrundlagen der einzelnen Kommunen, die als Basis der zu leistenden Kreis- und Landschaftsverbandsumlage dient.
Erfreulicher Weise hat die SPD Landtagsfraktion am 3.9. 2002 eine Änderung bei der Festsetzung der fiktiven Hebesätze für die Realsteuern im GFG 2003 beschlossen. Auf die im Regierungsentwurf vorgesehenen Festsetzungen bei der Gewerbesteuer von 424% wird ein Abschlag von 5% vorgenommen. Analog dazu wird bei den fiktiven Hebesätzen der Grundsteuern verfahren.
Unter den Voraussetzungen, dass der Landtag eine entsprechende Änderung beschließt, damit ist jedoch zu rechnen, ergeben sich folgende neuen fiktiven Hebesätze:

Grundsteuer A 192%
Grundsteuer B 381%
Gewerbesteuer 403%

Der Bürgermeister schlägt im Entwurf für 2003 eine deutliche Anhebung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer vor.
Hier stellt sich nun die Frage, ob eine solche Erhöhung das richtige Zeichen ist. Sie haben über Jahre keine Steuererhöhungen vorgenommen; dies war sicherlich populär. Dies rächt sich dieses Jahr. Eine leichte Erhöhung in den letzten Jahren wäre sicherlich für die Bürgerinnen und Bürger eher verkraftbar gewesen. Sie erhöhen nun die Grundsteuer B um 60%- Punkte und die Gewerbesteuer um 20%-Punkte. Trotz der Steuererhöhung fällt der AST-Verkehr wieder Ihren Einsparungen zum Opfer. Statt das Geld für AST-Verkehre auszugeben kaufen Sie Grundstücke in einem imaginären Gewerbegebiet Altebach II und verhalten sich wie ein Spekulant. Die Sonderkommission zur Erarbeitung des Gebietentwicklungsplanes hat Ihnen eine Abfuhr erteilt. SPD, F.D.P und Grüne haben gegen Ihre Absicht gestimmt. Ich habe Ihnen, Herr Schmidt angeboten über eine zusätzliche Erhöhung der Grundsteuer B um 8 Punkte eine Möglichkeit zu suchen AST-Verkehre dennoch einzuführen. Dann hätten die Bürgerinnen und Bürger in Eitorf erkannt das eine Steuererhöhung einen positiven Effekt bringt. Wir hätten durch die Einführung von Anruf-Sammel-Taxen die Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger, vor allem in den Außenorten, erheblich verbessert. Dem sind Sie nicht gefolgt. Die SPD Fraktion hat vor 2 Jahren den Haushalt mit beschlossen, dies vor allem wegen der beabsichtigten Einführung der Anrufsammeltaxen . Eine Zukunftsperspektive erkennen wir in diesem Haushalt nicht. Wir hören von der CDU nur Kritik an Bundes- und Landesregierung, nicht aber wie sie sich die strukturelle Entwicklung der Gemeinde vorstellen. Jeder Vorstand eines privaten Wirtschaftsunternehmens würde in Regress genommen, wenn er ohne solide Planungsdaten agieren würde. Ein Unternehmen, das seinen Markt und den Bedarf nicht Jahre im voraus kalkuliert, steuert in die Insolvenz. Eine Kommune, die nicht überlegt, wo ihre Zukunft liegen kann, wird dies ebenfalls tun. Eitorfs Zukunft muss in vielen Bereichen neu definiert werden. Unsere Zukunft liegt nicht bei herkömmlichen Industrieunternehmen, die im gesamten Umfeld bessere verkehrliche Anbindungen finden. Hier muss beispielsweise mit Naherholungsangeboten und verkehrsunabhängigen Arbeitsplätzen reagiert werden. Wo werden Impulse und Initiativen in Sachen Naherholung und Fremdenverkehr gesetzt? Diese Gemeinde hat es verdient besser vermarktet zu werden. Es ist nicht begreifbar, wenn sich die Politik einer CDU Mehrheit in einer Gemeinde wie Eitorf darauf zusammenfassend beschränken lässt, dass SPD in Land und Bund „alles

schuld sind“ und kein Geld mehr da ist, so dass die im Haushalt vorgesehene Steuererhöhung der zwingend notwendige und einzige Ausweg ist. Jede politische Zusammenarbeit im Interesse unserer Gemeinde wurde in selbstherrlicher Arroganz der Macht abgelehnt. Nun müssen Sie und Ihre Fraktion diesen Haushalt und die Steuererhöhungen ohne die SPD Fraktion beschließen.

Ein differenziertes Schulangebot ist ein wichtiger Infrastrukturfaktor für eine Gemeinde. Das Ziel, junge Familien nach Eitorf zu holen, kann dadurch eher erreicht werden. Bei einem Umzug fragen gerade junger Eltern nach dem Schulangebot vor Ort.
Hier liefert der Schulentwicklungsplan wichtige Zahlen. Dieser Plan liegt immer noch nicht vor, dadurch fehlen uns wichtige und verlässliche Planungsdaten. Fakt ist jedoch, dass viele Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I nach Herchen (Realschule) oder Henne f(Gesamtschule) pendeln. Fakt ist auch, dass vielen Eltern der Wunsch nach einer bestimmten Schulform in Eitorf nicht erfüllt wird. Wir stellen uns die Frage: Können wir dies ändern? Wir denken ja! Die Errichtung einer Gesamtschule würde hier erhebliche Abhilfe schaffen. Wir wollen das bestehende Eitorfer Schulangebot erweitern. Wir beantragen daher den Bedarf feststellen zu lassen und dadurch den Elternwillen zu respektieren.
Der Fachausschuss sollte dies in aller Ausführlichkeit diskutieren.
Wir beantragen des weiteren den Schulausschuss und den Ausschuss für Jugend, Altenhilfe und Soziales zusammen zulegen. Die Begründung ist recht einfach: Es gibt ein Vielzahl von Berührungspunkten in der täglichen Sacharbeit. In Düsseldorf hat man dies erkannt und das neue Ministerium „Schule und Jugend“ genannt. Diesen richtigen Schritt sollten wir auch in Eitorf nachvollziehen.
Wir begrüßen es ausdrücklich, dass sich unsere Aktivitäten in der Schulbetreuung auf dem richtigen Weg befinden. „8 bis 1“ und „13 plus“ laufen gut, wenn gleich die Rahmenbedingungen in einigen Bereichen verbessert werden könnten. Die Betreuung in den Ferienzeiten wird z. zt. geprüft. Solche Betreuungsmaßnahmen sind gerade für berufstätige Frauen von großer Bedeutung. Eine berufliche Tätigkeit wäre für diese Frauen oftmals nicht möglich. Hier müssen wir helfen, wo es eben geht.
Hierzu bitten wir und dies beantrage ich hiermit zu prüfen, ob die Betreuungsmaßnahmen in den Schulen und die offene Jugendarbeit über freie Träger abgewickelt werden kann. Dies geschieht bereits in anderen Kommunen und Kreisen und hat sich gut bewährt. Die offene Jugendarbeit liegt meiner Fraktion sehr am Herzen.
Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass der Bürgermeister hier keine Sparvorschläge im Entwurf eingebracht hat und den Vorschlägen meiner Fraktion in großen Teilen gefolgt ist. Es hätte uns sehr gefreut, wenn Sie Herr Bürgermeister, auch noch ein Kinder-und Jugendparlament für unsere Gemeinde vorgeschlagen hätten. Ich weiß, dass Sie eine solche Einrichtung nicht generell ablehnen. Leider scheitert dies auch an der mangelnden Einsicht der CDU Fraktion. Auch hier fehlt die Zukunftsperspektive. Kinder und Jugendliche müssen an die demokratischen Strukturen unseres Staates heran geführt werden. Diese Chance verpassen sie mit ihrer Sturheit. Sehr beeindruckt waren wir von dem Vortrag von Herrn Nolden, in der letzten Sitzung des Fachausschusses. Er leistet großartige Arbeit und hat unseren Dank verdient. Die Probleme, die er offen angesprochen hat, wie Drogenkonsum und Jugendarbeitslosigkeit, sind in Eitorf vorhanden. Wir müssen dies offen angehen und den Beitrag leisten, den wir im Rahmen unserer Möglichkeiten leisten können.
Positiv hat sich Eitorf die gemeindliche Kulturarbeit entwickelt. Sicherlich ist es immer noch so, dass die Vereine den größten Teil der Kulturarbeit leisten. Aber durch das Engagement von Frau Schug ist hier ein neuer „Drive“ in die öffentliche Kulturarbeit gekommen. Die angebotenen Veranstaltungen werden gut besucht und sind größtenteils kostendeckend.
Auch hier sieht man, dass man mit motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern optimales leisten kann.
Der Bürgermeister hat in seiner Einbringungsrede mehr bürgerschaftliches Engagement eingefordert. Es ist sicherlich richtig, dass man sich in einem Gemeinwesen einbringen muss. Dies wird vor allem bei leeren Kassen nötiger denn je. Wir haben in Eitorf viele Bürgerinnen und Bürger die sich in den unterschiedlichen Vereinen und Verbänden ehrenamtlich einsetzen. Wäre dies nicht so, würde vieles in unserer Gemeinde nicht mehr funktionieren. Ich will hier keinen nennen, weil man dann

wieder einen anderen Verein vergisst. Es ist gleichgültig wie groß ein Verein ist, alle leisten wichtige Arbeit und wir brauchen sie alle.
Dieses Bewusstsein müssen wir als gewählte Vertreterinnen und Vertreter gemeinsam in der Öffentlichkeit deutlich machen. In der Not steht man in Eitorf zusammen; dies haben wir in beeindruckender Weise bei den Hochwasserschäden erlebt. Es war nur ein Teil unserer Gemeinde betroffen. Aber viele haben geholfen und helfen immer noch die größte Not zu lindern. Dies macht Mut und lässt uns hoffnungsvoll in die Zukunft blicken.

Sorgen bereitet uns immer noch das Ortsbild unserer Gemeinde. Der Zentralort ist nicht das Aushängeschild, was er eigentlich sein sollte. Viele Dinge können wir nicht direkt beeinflussen. Das Geschäfte leer stehen und die Angebotspalette nicht dem Wunsch vieler Menschen in Eitorf entspricht sind Fakten. Wir müssen die Rahmenbedingungen verändern. Dies hätten wir gerne mit einer anderen Nutzung des Marktplatzes getan. Hier sind sie uns nicht gefolgt. Es sind sicherlich nur Kleinigkeiten bei der Gestaltung des Ortsbildes ; diese fallen aber auf. Blumenkästen und öffentliche Anlagen sind nicht genügend gepflegt. Die Mülleimer müssen häufiger geleert werden, vor allem in Randbereichen und Wanderwegen. Auch wenn die Gemeinde, wie zum Beispiel am Bahnhofsgelände nicht zuständig ist, fällt es auf das Image der Gemeinde zurück. Der Bahnhof ist für viele Besucher der erste Eindruck einer Gemeinde. Dort liegt Müll; der alte Schuppen entwickelt sich zur öffentlichen Toilettenanlage. Wie gesagt, wir sind nicht direkt zuständig. Aber dies wird nicht zur Kenntnis genommen. Hier ist der Bürgermeister gefordert; sprechen sie mit den zuständigen Stellen, werden sie lästig oder
auch ein wenig penetrant. Es lohnt sich für das Image unserer Gemeinde zu kämpfen.

Wir haben uns Gedanken gemacht und wollen mit zwei Anträgen, die ich Ihnen heute einreiche, die Funktion Eitorfs als Einkaufsstadt stärken. Eine Datenbank" Einkaufen in Eitorf" soll angelegt werden. Desweiteren beantragen wir die Einrichtung fester Werbeträger an der Kurscheid´s Eck und am Bahnhofsvorplatz.
In einem weiteren Antrag wollen wir in Eitorf ein Blockheizkraftwerk einrichten und damit die im Zusammenhang stehenden Wärmeisolationsmaßnahmen aus der Energiefeinanalyse des Ingenieurbüros atd- GmbH beschließen und zügig umsetzen. Alle drei Anträge sind ausreichend begründet und wir bitten um Beratung in den zuständigen Fachausschüssen.
Der Bürgermeister fordert die Verantwortung der Bürger stärker ein. Klingt gut, ist gut aber auch voller Tücken.
Ein Beispiel aus Ihrem Entwurf, Herr Bürgermeister.
Ein Gulli läuft über, der Bauhof wird nicht gerufen. Der Bürger macht sich an die Arbeit. Der Gulli wird nicht wieder ordnungsgemäß verschlossen. Dann geschieht das, was nicht passieren muss, aber kann. Es kommt zu einem Unfall. Die Frage entsteht: Wer ist haftbar?
Wenn der Staat mehr Selbstverantwortung einfordert müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Oftmals werden die Bürgerinnen und Bürger mit viel Bürokratie belastet, wenn sie sich eigenständig Gedanken machen. Auch hierzu gäbe es viele Beispiele.
Lassen Sie mich zum Schluss mit einem erfreulichen Punkt enden.
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Hause leisten in diesen schwierigen Zeiten hervorragende Arbeit. Dafür möchte ich Ihnen den Dank und die Anerkennung meiner Fraktion übermitteln.
Sicherlich wird solche Leistung nicht immer anerkannt. Die SPD Fraktion wird auch in diesem Jahr dem Stellenplan zustimmen. Zustimmen werden wir auch dem Wirtschaftsplan der Gemeindewerke. Nicht zustimmen werden wir einer Resolution der CDU, die reine Parteipolitik ist und genau so konzeptionslos wie ihr Untersuchungsausschuss in Berlin betr. Wahlbetrug. Nicht zustimmen werden wir dem Investitionsprogramm und dem Haushaltsplan für 2003.
Ein verdienter Mitarbeiter unseres Hauses verlässt uns. Wolfgang Fuchs geht in den verdienten Ruhestand. Lieber Wolfgang, die SPD Fraktion bedankt sich ganz persönlich bei dir für deine großartige Arbeit für die Gemeinde und ihre Bürgerinnen und Bürger.
Ich habe unseren früheren Ratskollegen Gerd Ehlert gebeten dir ein kleines Ab-

schiedsgeschenk unserer Fraktion zu überreichen. Gerd Ehlert war viele Jahre Vorsitzender des Werksausschusses und du hast mit ihm, wie ich weiß, stets gut und vertrauensvoll zusammen gearbeitet.

Wir wünschen dir noch viele gute Jahre und vor allem Gesundheit.
Ihnen meine Damen und Herrn und ihren Familien ein gesegnetes und friedvolles Weihnachtsfest und Glück und Gesundheit für 2003.

Dietmar Tendler

Rede zum Haushalt 2003, Fraktion FDP/GRÜNE:
Meine Damen und Herren!
Als Alexander der Grosse (ich setze voraus, dass der Mann allgemein bekannt ist) nach Gordion kam -einem Ort in der heutigen Türkei-, da hatte er ein Problem; die Stadtältesten zeigten ihm einen hochkomplizierten Knoten mit dem das Joch an der Deichsel eines Streitwagens befestigt war. Der Überlieferung nach sollte derjenige die Welt beherrschen, der fähig ist den Knoten zu lösen. Wäre nun Alexander nicht „Alexander der Grosse" sondern beispielsweise Mitarbeiter der Eitorfer Gemeindeverwaltung gewesen -nehmen wir mal an BAT IVa FGR. 1b- (das ist rein fiktiv und ich bitte dringend darum nicht im Stellenplan nachzusehen wer das sein könnte), hätte er den Knoten betrachtet, den Kopf geschüttelt, ein Gutachten angefordert und abgewartet. Sechs Monate später, nach vorliegen mehrerer widersprüchlicher Gutachten, hätten sich eine Reihe von Fachausschüssen mit dem Problem beschäftigt, die Computeranalysen betrachtet, die Grafiken verglichen, endlose Sitzungen abgehalten sowie mehrere Bei- Zu- und Abräte gegründet. Die Mehrheit hätte vehement davor gewarnt den Knoten auch nur zu betrachten, könnte dabei doch nicht wieder gut zu machender Schaden entstehen. Schließlich sei das Gefährt, und somit auch der Knoten, dem Zeus geweiht (auch als Donnergott und Blitzeschleuderer bekannt) und eine Überschwemmung pro Jahr sei schließlich genug. Die Eitorfer SPD, weniger zart besaitet im Umgang mit Bewohnern des Olymp, käme zu dem Ergebnis, dass die RSAG zuständig sei und ,nach entsprechender telefonischer Voranmeldung, der ganze Wagen auf den Sperrmüll gehöre. Alexander allerdings war ein Genie und tat bekanntermaßen etwas völlig anderes. Er nahm sein Schwert und zerschlug den Knoten. Göttervater Zeus blieb ihm gewogen, wahrscheinlich überraschte und imponierte auch ihn diese geniale Lösung. Alexander eroberte die damals bekannte Welt, und er gründete viele Städte die zumindestens eine zeitlang von Überschwemmungen verschont blieben.
Wir hier in Eitorf allerdings blieben weder von Finanzkatastrophen, noch von Überschwemmungen verschont. Und damit sind wir genau an dem Punkt, wo unsere Kritik ansetzt. Ein weiter so, keine Experimente, und das berühmte „es ist immer noch gut gegangen", verbietet sich in einer Zeit extremen ökologischen und ökonomischen Wandels. Es zeigt sich immer deutlicher, dass Gesellschaft und Politik unfähig sind mit diesem Wandel umzugehen und entsprechend schnell zu reagieren. Ich möchte dafür ein Beispiel geben. Der Chef des Deutschen Städtetages Fritz Schramma -Oberbürgermeister von Köln- stellt fest, dass die Investitionen von Städten und Gemeinden in den letzten zehn Jahren um ca. 40 % von 6 auf 3,8 Milliarden Euro zurückgegangen sind. In den letzten 10 Jahren wohlgemerkt und nicht erst als Folge des 11. September und der damit verbundenen weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung.
Das heißt, Politik und Gesellschaft reagieren immer erst dann, wenn die reale Katastrophe eingetreten ist und das Dilemma greifbar wird. Und dieser Fehler wiederholt sich immer wieder. Zweites Beispiel: PISA. Erst nachdem alle Kinder in den Brunnen gefallen sind wird analysiert warum. Aber statt nun zu sagen, wir hätten den Brunnenschacht frühzeitig abdecken müssen, um das zu verhindern -zweifellos die einfachste Lösung-, kommt nun eine ganze Armee von Gesundbetern, Quacksalbern und Besserwissern die vorschlagen an den Symptomen herumzupfuschen, statt die Ursachen zu beseitigen. Auch im politischen Bereich machen sich diese Dilettantenvereine breit. Ausgestattet mit Sankt Florian als Schutzheiligen und dem Slogan, „bei Risiken und Nebenwirkungen ignorieren Sie die Packungsbeilage und erschlagen den nächsten erreichbaren Politiker," lässt sich auf Dauer keine politische Arbeit zugunsten des Allgemeinwohls betreiben. Tödlich wird das alles, wenn man sich nur noch auf Vorschriften, Erlasse oder Gerichtsurteile beruft! Hier wird Poli-

tik mit Verwaltung verwechselt. Daraus folgt Stillstand und ein Versinken in die Bedeutungslosigkeit. Schlimm ist auch, dass diese Entwicklung durch immer mehr staatliche Zwischen-, Neben- und Unterorganisationen mit immer neuen und teils schwachsinnigen Vorschriften und Anweisungen, mit deren Hilfe irgend jemand seinen Ministerialdirektor macht, auch noch unterstützt wird.
Der Spaßgesellschaft wird dabei sehr schnell der Spaß vergehen. Die Finanzsituation von Bund, Ländern und Kommunen sprechen bereits jetzt eine allzu deutliche Sprache. Es gibt keine Patentlösungen, aber ohne ein gewisses Maß an politischer Professionalität ist unsere immer komplexer werdende Welt nicht mehr beherrschbar. Wir müssen dringend wieder lernen das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden.
Auch in der Gemeinde Eitorf ist der Abwärtstrend seit vielen Jahren deutlich spürbar. Herr Patt, es ist ehrenhaft wie sie persönlich sich dieser Entwicklung entgegengestemmt haben und dafür zollen wir Ihnen Respekt. Aber wir erwarten von der gesamten Verwaltung weitere Bemühungen hinsichtlich von Einsparungen, schließlich werden auch von den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde massive Opfer verlangt. Mit der Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer predigen Sie Blut, Schweiß und Tränen. Da ist es nur legitim, dass wir das Gleiche auch von der Verwaltung fordern. Alles aber auch alles muss auf den Prüfstand.
Irritationen gab es bei der Einbringung des Haushalts hinsichtlich der Ausweitung des Stellenplans.

Hier beantragen wir eine erneute Überprüfung und ausführliche Diskussion in den zuständigen Fachausschüssen mit dem Ziel die Personalkosten durch Straffung von Verwaltungsabläufen und Entscheidungswegen Mittel- bis Langfristig so weit wie möglich zu senken.

Außer den Katastrophen finanzieller Art gab es in diesem Jahr auch noch verheerende Überschwemmungen. Damals und auch heute noch schaut dabei alles wie gebannt hin zum Ortsteil Bach, wo ja auch tatsächlich die größten Schäden aufgetreten sind. In den Hintergrund getreten und inzwischen teilweise verdrängt sind die Schäden in Probach/Halft, Irlenborn und im Bereich des Neubaugebietes West. Auch der Ortskern ist nur um wenige Millimeter an einer Katastrophe vorbeigeschrammt. Die Feuerwehr hatte es bereits erwischt und anstatt auszurücken waren Teile des Personals damit beschäftigt Sandsäcke am Gerätehaus zu stapeln.

Hier zeigt sich, dass ein bereits seit vielen Jahren angedachtes, weiteres Regenrückhaltebecken in Höhe von Burg Welterode dringend erforderlich ist und wir beantragen hiermit, dass die Gemeinde entsprechend tätig wird.

Die Gemeinde kann aber noch viel mehr tun. Alles, aber auch wirklich alles muss in dieser Hinsicht überprüft werden. Auch in Eitorf West gab es Schäden im Strassen-Kanal- und Privatbereich. Hier muss untersucht werden, inwieweit das mit der fortschreitenden Versiegelung von Flächen im Zuge der Neubaumassnahmen in Zusammenhang steht. Das gilt auch für den Bereich Probach/Halft, wo im Gebietsentwicklungsplan eine Ausweitung nach Norden vorgesehen ist. Das die Ausweisung des Gewerbegebietes Altebach II ebenfalls zu einer weiten Versiegelung von Flächen führt, ganz abgesehen von den ökologischen Problemen in Zusammenhang mit den Bläulingsvorkommen, ist auch hier die Auswirkung durch Versiegelung von weiteren Flächen in der Gemeinde zu untersuchen. Abgesehen von aktivem Hochwasserschutz durch Zurückstellung von Baumassnahmen, könnten hier enorme Mittel für Planung und Erschließung eingespart werden, die zur Konsolidierung des Haushalts verwendet werden sollten.
Bei 20.000 Einwohnern sind wir große kreisangehörige Gemeinde. Stadt würden wir erst mit 25.000. Das aber ist nur unter enormen Kapitaleinsatz und Opfern an noch vorhandenen Freiflächen erreichbar und daher aus ökologischer wie auch aus ökonomischer Sicht nicht zu vertreten. Steigerung der Qualität, nicht der Quantität sollte das Leitmotiv für die Zukunft sein.
Darüber hinaus gibt es noch weitere, bei Starkregen bedrohte Gebiete in der Gemeinde. Ich wage mir kaum vorzustellen was geschieht, wenn beispielsweise das Bohlenbachtal von solch einem Ereignis betroffen wird. Die Topographie erinnert

hier doch sehr stark an die Täler im oberen Elbebereich.
Die Überschwemmungen in Ostdeutschland, in Bach und anderen Ortsteilen stehen in Zusammenhang mit weltweiten Klimaveränderungen, darüber sind sich die Fachleute inzwischen einig. Wir können uns daher nicht darauf verlassen, dass ein solches Ereignis nur alle paar Jahrhunderte einmal auftritt. Bereits morgen kann es erneut zur Katastrophe kommen.

Deshalb beantragen wir, dass alle in Frage kommenden Bereiche der Gemeinde hinsichtlich den Auswirkungen eines 250 jährigen Hochwassers untersucht werden.

Noch eine kleine Anmerkung zum Thema. Zeugenaussagen und auch Bilder von den Überschwemmungen in Bach beweisen, das Menschen -darunter auch viele Kinder- auf der Strasse herumlaufen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Kanaldeckel bereits fliegen gegangen und die Kanalschächte unter dem Wasserspiegel nicht mehr zu erkennen. Man stelle sich die Katastrophe vor, wenn jemand in den Kanal gefallen wäre. Hier sollte mit der Feuerwehr und den zuständigen Rettungskräften darüber gesprochen werden, dass in Zukunft die Absicherung der Kanalschächte zu einer der ersten Maßnahmen vor Ort gehören muss.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, dieser Haushalt zeigt Höhen und Tiefen, Stärken und Schwächen. Wir sind bereit die vom Bürgermeister vorgeschlagene Erhöhung von Grundsteuer B und Gewerbesteuer, wenn auch zähneknirschend, zu akzeptieren. Die bestehende Gesetzeslage lässtt keine andere Wahl. Die Alternative dazu heißt sinkende Schlüsselzuweisungen und Haushaltssicherungskonzept. Dass aber wollen wir unter keinen Umständen. Es grenzt (fast) an ein Wunder, dass es dem Bürgermeister und der Kämmerei gelungen ist diesen Haushalt - zumindest auf dem Papier- auszugleichen. Damit verhindern wir das Versinken der Gemeinde im schwarzen Loch der Zahlungsunfähigkeit, wie bei einigen Nachbarkommunen bereits geschehen. Andererseits sind wir uns nicht sicher, ob im Personalbereich auch tatsächlich alle Einsparungsmöglichkeiten ausgeschöpft wurden. Auch wissen wir nicht wie die Mehrheit mit unseren Anregungen hinsichtlich Hochwasserschutz und der Ausweisung neuer Baugebiete umgehen wird. Daher werden sich FDP und Grüne bei der Abstimmung über den Haushalt der Stimme enthalten. Ein Haushalt ist nur ein vorläufiges Zahlenwerk. Was wann und wo gemacht wird, entscheidet sich erst im Laufe des Haushaltsjahres. Wir werden zu den einzelnen Punkten zu gegebener Zeit unsere Meinung äußern und sind jederzeit bereit auch unpopuläre Maßnahmen mitzutragen, wenn dies zum Wohl der Gemeinde geschieht. Es liegt an der Mehrheit in diesem Hause uns im Laufe des kommenden Jahres von der Notwendigkeit der einzelnen Vorhaben zu überzeugen.
Daher ist eine Enthaltung logisch und konsequent!

Auf Frage des Bürgermeisters nach der Haushaltsrede der Fraktion Freie Bürger erklärt Frau Zimmermann, dass diese eigentlich Herr Mann vortragen wollte, dieser ja aber heute nicht anwesen sei.

Anmerkung der Verwaltung:
Der Herr Mann hat die Haushalsrede seiner Fraktion zu Protokoll gegeben und ist wie auch die in der Sitzung vorgetragenen Reden nachfolgend wiedergegeben.

Rede zum Haushalt 2003, Fraktion Freie Bürger:

Stellungnahme
zum Haushalt der Gemeinde Eitorf 2003
Clemens Mann / Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bürgermeister hat in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts 2003 die überaus angespannte Finanzsituation unserer Gemeinde in aller Deutlichkeit dargestellt. Die Gründe hierfür liegen - und das möchte ich ebenso

deutlich hervorheben - nicht in einem Missmanagement auf kommunaler Ebene begründet. Hier ist vielmehr ein rasanter Verfall der wichtigsten Einnahmequellen der Gemeinde ursächlich. Danach hat sich die bereits 2001 erkennbare Tendenz in der Einnahmeentwicklung aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage weiter verschärft. Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und dem Anteil an der Umsatzsteuer sind dramatisch eingebrochen. Allein die Mindereinnahmen aus dem Einkommenssteueranteil machen - so der Bürgermeister - für Eitorf im kommenden Haushaltsjahr rd 630.000 EUR aus. Auch die Gewerbesteuer stellt keine verlässliche örtliche Einnahmeposition mehr dar. Neben der konjunkturbedingten schlechten Ertragslage vieler Unternehmen und der am 10.01.2002 in Kraft getretenen Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen sind es vor allem die intensiv genutzten Möglichkeiten durch Unternehmen, Erträge innerhalb eines Konzerns steuersparend mit Verlusten zu verrechnen. Auf absehbare Zeit wird infolge der durch die Steuerreform verursachten unmittelbaren und mittelbaren Steuerverluste auch keine Entspannung der Finanzlage zu erwarten sein.
Auf der Ausgabenseite muss die weitere Entwicklung gleichfalls mit Sorge betrachtet werden. Hier sind es nicht nur die für die Kommunen nicht mehr verkraftbaren Kostenverlagerungen des Bundes (u. a. Grundsicherungsgesetz, Zuwanderungsgesetz, kommunale Mitfinanzierung der Kindergelderhöhungen und der Riester-Rente sowie die Erhöhung der Pendlerpauschale) und des Landes (u. a. Medienausstattung, Ganztagsbetreuung, Versorgung von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen, Mitfinanzierung beim UVG), sondern auch die massiven Kostenexplosionen im Sozial- und Jugendhilfebereich. In der Bewertung dieser Sachlage besteht insoweit auch durchaus einmal Konsens mit der CDU-Fraktion bezogen auf die inhaltlichen Begründung ihres jetzt vorgelegten Resolutionsentwurfes zum Gemeindefinanzgesetz NRW 2003. Ob die Form eines solchen kommunalen Einzelprotestes allerdings Sinn macht, erlaube ich mir zumindest mit einem Fragezeichen zu versehen. Denn zwischenzeitlich hat ja schon der Städte- und Gemeindebund NRW angesichts der sich dramatisch verschärfenden Finanzsituation seiner Mitgliedgemeinden die unverzügliche Durchführung eines Notprogramms zur Rettung der Kommunen gefordert. Hier und heute bleibt für Eitorf jedenfalls festzustellen: Da zwischenzeitlich keine wesentlichen Sparpotenziale mehr zur Verfügung stehen, tendiert der gemeindliche Handlungsspielraum für weitere Einsparmaßnahmen gegen Null. Vor diesem Hintergrund verdient Ihre Absichtserklärung, Herr Bürgermeister, „die Jugendarbeit in Eitorf weiter zu führen und wie begonnen, in den Außenorten auszubauen," ebenso wie „keine weitere Kürzung der Sachmittel für Schulen vorzunehmen", eine besondere Hervorhebung. Gleichwohl wird die Gemeinde nicht umhin können, auch weiterhin nach Möglichkeiten zu suchen, eigene Konsolidierungsbeiträge zu leisten. Die derzeitige Finanzsituation und ihre weitere Entwicklung wird es künftig in einem weitaus stärkeren Maße erforderlich machen, bei den anstehenden politischen Abwägungsprozessen ein verstärktes gemeinsames Verantwortungsbewusstsein zu dokumentieren. Denn Sparmaßnahmen werden von Verwaltungsführung und Politik gleichermaßen verantwortet. Von daher wäre die Überlegung angezeigt, eine Kommission aus Vertretern von Fraktionen und Verwaltung zu bilden, die entsprechende Zielvorgaben für weitere Sparüberlegungen formulieren könnte und was hiermit auch zum Antrag erhoben wird. Die bisherigen Erfahrungen mit der Bildung solcher Gremien haben gezeigt, dass hier die Rahmenbedingungen für einen auf Konsensgewinnung gerichteten Verfahrensablauf deutlich günstiger zu bewerten sind. Auch wenn Sie, Herr Bürgermeister, in Ihrer Haushaltsrede betont haben, dass Ihnen niemand beizubringen bräuchte, was es heißt zu sparen und sich selbst zu beschränken, erlauben wir uns insoweit dennoch, im Rahmen unseres Verantwortungsbewusstseins als Oppositionsfraktion in Form nach-stehender Anregungen unseren Beitrag hierzu zu leisten. Schließlich gibt es viele Wege zu sparen und niemand kann, getreu dem Motto „Keiner ist so klug wie alle", die absolute Klugheit oder Überlegenheit für sich beanspruchen, auch wenn die Mehrheitsfraktion im Rat letzteres häufiger meint für sich beanspruchen zu

müssen. Denn es handelt nicht immer der am intelligentesten, der dem Beispiel der Mehrheit(sfraktion) folgt. Ziel aller dieser Überlegungen muss es dabei sein, kommunale Entscheidungskompetenzen zu erhalten und zu wahren.

Unter der Überschrift „Verantwortung der Bürger stärken“ haben Sie, Herr Bürgermeister, einen Themenbereich angestoßen, der für uns schon immer einen hohen Stellenwert besessen hat. Bedauerlich ist nur, dass erst haushaltsrechtliche Sparzwänge Ihrer Erkenntnis über die Notwendigkeit bürgerschaftlichen Engagements auf die Sprünge helfen mussten. Im Gegensatz zu Ihnen bedeutet für uns eine Einbeziehung der Bürger aber eben nicht, diese sozusagen als Lückenbüßer überall dort einzusetzen, wo die Verwaltung es aus rein finanziellen Erwägungen gerade für geboten hält. Einbeziehung heißt für mich eine Beteiligung der Bürger an der Weiterentwicklung ihres Gemeinwesens. Ich habe schon früh eine solche aktive Einbeziehung unserer Bürger (so u. a. Mitwirkungsmöglichkeiten von Vertretern der Elterninitiativen im gemeindlichen Fachausschuss, Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen ihre unmittelbare Lebenswelt betreffenden kommunalpolitischen Vorhaben und Entscheidungen/Stichwort: Kinderfreundlichkeitsprüfung, Spielplatzpaten) gefordert. Leider konnte über den Stellenwert einer bürgerschaftlichen Mitwirkung bislang kein politischer Grundkonsens hergestellt werden. Es bleibt zu hoffen, dass vor dem Hintergrund der beschriebenen Finanzsituation nunmehr Bewegung in solche Überlegungen kommt. Sie selbst haben hier ja schon Flexibilität in Ihrem Denken gezeigt. Mit Blick auf den bis auf weiteres aufgrund der Haushaltslage nicht finanzierbaren AST-Verkehr hatten Sie bereits ein Modell bürgerschaftlichen Engagements, nämlich den sog. „Bürgerbus“ als eine überlegenswerte Alternative angesprochen. Erfolg und Nachhaltigkeit werden aber nur dort greifen, wo bürgerschaftliches Engagement und bürgerschaftliche Beteiligung entsprechende Anerkennung finden. Dazu könnten neben der Zertifizierung ehrenamtlich Tätiger einzelne angemessene Vergünstigungen oder kleinere materielle Anreize beitragen. Zur Beteiligung der Bürger am Konsolidierungskonzept bietet sich ggfls. auch ein sog. Ideenmanagement an. Erfahrungen in anderen Kommunen haben sich hier als durchaus ermutigend erwiesen. Mit einem einmaligen Aufruf zur Übernahme von Patenschaften für Spielplätze und Grünflächen im Rahmen Ihrer Haushaltsrede, Herr Bürgermeister, ist es alleine nicht getan. Ich beantrage daher, nicht nur wegen der damit möglicherweise verbundenen Einsparmöglichkeiten die vorbezeichnete Thematik im zuständigen Fachausschuss noch einmal aufzugreifen und zu beraten.

Einen weiteren konkreten Ansatzpunkt im Rahmen der Konsolidierungsbemühungen stellt meines Erachtens auch die Überprüfung möglicher Vermögensveräußerung dar. Insbesondere die Veräußerung von Immobilienvermögen hat zwei Vorteile. Zum einen werden laufende Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten gespart, zum anderen erhält der Haushalt eine Finanzverstärkung. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir an unseren Fraktionsantrag vom Juni letzten Jahres bezüglich der Verwertung des gemeindeeigenen Grundstücks Gemarkung Eitorf, Flur 27, Flurstücke 183 und 186 (Salzlagerhalle des Bauhofes) zu erinnern, der die Verlagerung des dortigen Funktionsbereichs des Bauhofes ins Gewerbegebiet und die Erschließung und Vermarktung der freigelegten Grundstücksfläche zum Inhalt hatte. Eine Entscheidung über den Antrag war bekanntlich mit Blick auf eine u. a. wegen der P+R Anlage für erforderlich angesehene Überplanung des Gesamtareals zurückgestellt worden. Ich denke, die sich im nächsten Haushaltsjahr sowie den Folgejahren unbestrittenermaßen noch weiter verschärfende Finanzsituation wird es erforderlich machen, auch diese bereits angesprochene Option noch einmal kritisch in die Überprüfung unserer finanziellen Handlungsspielräume einzubeziehen. Gerade unter finanziellen Aspekten ist die Idee im Hauptausschuss ja auch allseits als überlegenswert beurteilt worden. Ich beantrage daher, auch dieses Thema noch einmal im Fachausschuss zu beraten und hierzu eine genaue Kostenanalyse zu erstellen, um unter Berücksichtigung der entstehenden Ersatzbeschaffungskosten für

anderweitigen Flächenbedarf im Gewerbegebiet den mit einer Veräußerung verbundenen Liquiditätsvorteil genauer abschätzen zu können.

Bei der knappen Kassenlage sollte es im übrigen auch kein Tabu sein, mögliche Spareffekte, die sich durch eine gemeinsame Erstellung kommunaler Leistungen erzielen lassen könnten, einmal kritisch zu hinterfragen. Als Beispiel sei nur die Beschaffungsorganisation angeführt, die bei entsprechender strategischer Ausrichtung doch ein merkliches Einsparvolumen in sich birgt. Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang auf die 'Westdeutsche Einkaufskoordinationsgesellschaft (WestEK) hinzuweisen, eine hundertprozentige Tochter der Westdeutschen Landesbank, die seit April letzten Jahres einen internetbasierten Marktplatz, den WestLB-Marketplace, betreibt. Die Teilnahme eröffnet sämtlichen Mitgliedern ein erhebliches Einsparpotential und forciert langfristige Geschäftsbeziehungen. Es bietet zugleich vielfältige Potentiale zur Optimierung des gesamten Beschaffungsprozesses. Darüber hinaus bietet auch eine interkommunale Zusammenarbeit Möglichkeiten, die Wirtschaftlichkeit der kommunalen Leistungserstellung zu verbessern und Einsparpotentiale zu erzielen. Dies bietet sich insbesondere bei der Pflege und Wartung öffentlicher Infrastruktur, z. B. gemeinsamer Baubetriebshof zweier benachbarter Kommunen, an. Zu prüfen wäre in diesem Zusammenhang auch, ob nicht auch im feuerwehrtechnischen Bereich eine Zusammenfassung der z. T. hochspezialisierten Gerätenutzung erfolgen könnte. Bei den immensen Summen beispielsweise für ein neues Drehleiterfahrzeug drängen sich solche Gedanken zwangsläufig auf. Ich beantrage daher auch dieses Thema im zuständigen Fachausschuss aufzugreifen und einmal grundsätzlich zu beraten.

Vor dem vorbezeichneten haushaltsrechtlichen Hintergrund wünsche ich mir daher für das kommende Jahr von allen beteiligten Akteuren ein weiterhin sachliches und ergebnisorientiertes Handeln mit dem Ziel, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die uns unseren gemeindlichen Handlungsspielraum erhalten. Schon aus diesem Grunde dürfte es in Zukunft wohl kaum noch zu solch finanziellen Kapriolen wie beispielsweise dem spekulativen Ankauf von Ackerflächen für ein rechtlich noch nicht abgesichertes Wunschareal für eine Gewerbegebietserweiterung kommen. Und auch an einem weiteren Planungsprojekt, dem Mühleiper Kreisel, sollte sich die Mehrheitsfraktion vor Augen führen, dass sie hier genau ein solches Verfahren betreibt, welches sie bei Bund und Land aufs heftigste kritisiert. Hier werden zu Lasten von Land und Kreis nicht unbeträchtliche öffentliche Ausgaben angestoßen für einen ursprünglich beantragten Wirkungszweck, der sicherlich auch auf andere Art und Weise sichergestellt werden könnte. Denn auch dies sind Steuergelder, die an anderer Stelle sinnvoller investiert werden könnten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Rede zum Haushalt 2003, Ratsmitglied Kretschmar, EWG:

Gemeindehaushalt 2003, Eitorf
(es gilt das gesprochene Wort)

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren des Rates,
verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger in Eitorf,

neuerlich wurde uns ein Haushaltsentwurf vorgelegt, der schmerzlich aufzeigt, wie es um die finanzielle Situation der Gemeinde steht.
Schlecht, ...sehr schlecht sogar, auch wenn es hierin landauf –landab fast keiner Stadt und Gemeinde besser geht.

Die Entwicklungen machen mir Angst, vor allem darin, dass offensichtlich einige (wenn auch wenige Unverbesserliche) die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt haben und unverständlich lieber die Augen vor der Realität verschließen.

Realität ist, dass ganz Deutschland (...und Eitorf gehört bekanntlich dazu), dass

ganz Deutschland Reformen braucht. Dies schnell und durchgreifend,

Geben und Nehmen muss endlich einen gerechten Stellenwert erhalten; darf nicht weiter ständig nur darin liegen, zu sagen (und im jeweiligen Tun): „ nach uns die Sintflut“.

Soweit- so schlecht, auch in Eitorf blieb hierin nichts erspart, vieles der Finanzmisere ist eben nicht nur hausgemacht. Wohlgemerkt:“ nicht nur hausgemacht“, denn viele Entscheidungen sind auch hier vor Ort erfolgt und haben Stück für Stück an Fehlentwicklungen mit beigetragen.

Es mag sein, dass Eitorf zur Zeit schlecht regiert wird. Doch meine Damen und Herren, .. es wird mindestens genauso schlecht opponiert!

Reformen , auch hier sind sie notwendig und bedürfen gleichfalls einer mutigen Ehrlichkeit. Die Menschen wissen längst, dass es so nicht weiter geht wie bisher. Schmerzhafte Einschnitte ist man wohl allgemein bereit zu akzeptieren, wenn man zugleich deren Sinn und Richtung erkennen könnte. Allemal ist entschlossenes Handeln notwendig um Eitorf auf Kurs zu bringen. Schweigen und Abwarten jedenfalls reicht nicht.

Herr Bürgermeister, ein unentschlossenes Handeln kann man Ihnen nicht nachsagen. Denn Streichungen, Verschiebungen- ja nicht zuletzt die massiven Steuererhöhungen, die Sie uns antragen, zeigen Mut, zeigen Entschlossenheit....und sind m.E. jedoch nichts anderes als ein finanzpolitischer Offenbarungseid. Sie Herr Bürgermeister haben es etwas anders ausgedrückt (Zitat): „ Eine einzige Katastrophe“.

Herr Bürgermeister, ich will hier und jetzt nicht alles (das von Ihnen vorgelegte) in der Luft zerreißen. Es würde Ihren Bemühungen nach einen Haushaltsausgleich nicht gerecht, vor allem dann nicht, will man sich eine Bevormundung de Kommunalaufsicht ersparen, -ja finanzpolitische Geschicke vor Ort selbst gestalten und so ein Höchstmaß an kommunaler Selbstverwaltung erhalten.

Diese gelingt vorerst nur im Umfang der von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen, auch wenn darüber hinaus und in Folgejahren, noch ein mehr an Verantwortlichkeit und Gestaltungswille auf uns alle zukommt.

Insofern trage ich Ihre Bemühungen zum Haushalt mit, nicht in allem- aber im Großen und Ganzen. Nicht gewillt bin ich, die gemeindliche Schuldnerberatung einzustellen. Es wäre fatal und unverantwortlich! Hier scheint die Devise vorzuherrschen: „ Über Geld spricht man nicht- über Armut noch weniger.“

Herr Bürgermeister, ich glaube nicht, dass wir uns so (im Streichen) aus der Verantwortlichkeit stehlen können. Erst recht reicht es nicht aus, hierin auf eine „Grundversorgung“ zu verweisen, die der SKM gemeinsam mit der Kreissparkasse anbietet. Schuldnerberatung bleibt wichtig, ist Vertrauenssache- gerade in heutiger Zeit. Hier sollten wir den Stellenwert einer kommunalen Aufgabe beibehalten. Es ist wichtig und zugleich leicht weiter zu finanzieren , so man es denn wirklich will:

<u>Ich beantrage</u> (es ist Ihnen allen nicht neu),..die monatlichen ,pauschalen Zuwendungen an die Fraktionen (immerhin 720 EURO monatlich = 8.640 EURO jährlich) sowie ihre Verfügungsmittel, Herr Bürgermeister (in Höhe von 4.450 EURO jährlich) um pauschal jeweils 20% zu kürzen. Es wäre der Situation gerecht, hier nicht nur Opfer allein von den Bürgerinnen und Bürgern einzufordern, sondern selbst mit gutem Beispiel voranzugehen- und auf Teile eigener Pfründe zu verzichten.

Eine entsprechende Kürzung würde einen Wert von gesamt 2.618 EURO jährlich ergeben; eine Minderausgabe mit dem sich nicht nur allein die bisherige kommunale Schuldnerberatung weiterführen ließe. Ich erwarte hierin und heute Ihre Entscheidung.!

Komme ich zu anderem Ungemach- Anmerkungen zu verschiedenen Themen:

Altebach II

Als ob uns ein Patt in Eitorf nicht schon gereicht hätte, ließe sich sicherlich noch so einiges zur Tagung der Sonderkommission des Regionalrates zur Erarbeitung des Gebietsentwicklungsplanes sagen.

Statt demokratische und mithin vernünftige Entscheidungen der Kommission zu akzeptieren, ist uns hierin allen bereits eine parteipolitische „CDU-Machtkorrektur“ im Regionalrat angekündigt worden. Vernunft, nachvollziehbare Argumente gegen eine derartige Erweiterung, gegen ein Altebach II, sie hatten offensichtlich nie eine Chance.
Doch vielleicht liegt es auch daran, dass eine starre CDU- Mehrheit weiter nur mit dem Kopf durch die Wand will, um die bereits einzelnen und recht teuer erkauften Grundstücksgeschäfte zu verschleiern?

Ich kann nur hoffen, dass der gegebene Bürgerprotest weiter anhält und eben nicht verhallt. Zumindest hat dieser schon bei der SPD und Teilen der heutigen FDP/Grünen – Fraktion einiges erreicht und bei diesen einen klaren Meinungsumschwung bewirkt.

Doch lassen Sie mich auch einmal zynisch anmerken, wenn ich sage: „Wo die Investoren fehlen, muss man auch die Erschließung nicht voran treiben“.

Meine Damen und Herren, seien wir abschließend zu diesem Thema ehrlich. Es gibt vernünftigere Alternativen; doch die will man als CDU- Mehrheit nicht!

AST- Verkehr, *dass sogenannte Anruf-Sammel-Taxi*
Jeder will es haben, doch keiner kann es derzeit wirklich bezahlen. „Schieben“ auch hier und keiner kann sagen, wann es uns gelingen wird.

Ein weiterer Verzicht, so schmerzlich es auch ist, muss sein. Wir als EWG jedenfalls sehen keine Realisierungsmöglichkeit- auch sind wir nicht (wie die SPD) bereit, hierfür nochmals ein Mehr an Steuern zu erhöhen. Herr Tendler und Co, ich hoffe , es war kein ernstgemeinter Gestaltungsvorschlag, hier den Bürger noch weiter in die Tasche greifen zu wollen. Hier sollten Sie nicht mit Ihrem großen Vorsitzenden und Kanzler Schröder wetteifern!

P+R- Anlage, *Eitorf-Nord*
...auch ein Dauerbrenner für Eitorf und nach Streichungen im ÖPNV-Programm ist vermutlich auf Jahre hin an eine Realisierung dessen nicht zu denken. Hier wird vermutlich zugunsten eines Metrorapid mehr und alles getan, was letztendlich und tatsächlich einer Bankrotterklärung der Verkehrspolitik der rot/grünen Landesregierung gleichkommt.

Ob nun im Baukastensystem 3 x 80 Einstellplätze (wie von der SPD gefordert) oder direkt einzig 240 Einstellplätze gestaltet werden, hierüber sollte man sich nicht streiten. Fakt ist eher, dass es für beide Varianten nicht reicht, es so oder so keinen EURO (und auf das Jahr hinaus) geben wird.

Derzeit, es wird der Kreuzungspunkt „Forster Straße“ ausgebaut und viel gutes „Eitorfer Geld“ verschwindet in das Prestigeobjekt.

Leider war ich seinerzeit als Einziger bereit, von dieser Baumaßnahme Abstand zu nehmen. Mit dem Hinweis auf den Bahnübergang „Brückenstraße“ gab es und gibt es weiter, verkehrspolitisch Wichtigeres für Eitorf. Auch in Folgejahren bleibt das angesprochene Problem und sollte in Gestaltung einer weiteren P+R- Anlage gemeinsam verfolgt und gemeinsam gestaltet werden.

Meine Damen und Herren, vieles ließe sich jetzt noch fortführen, doch es würde an

meiner und der Grundhaltung einer EWG nichts ändern. Wir stehen für wirklich Machbares und damit leider auch für schmerzliche Notwendigkeiten. Hierin darf es auch zukünftig keinen „Kahlschlag“ der freiwilligen Leistungen geben; müssen auch zukünftig Sozialaufgaben und Jugendarbeit, Sport und Kultur „angemessen“ gefördert werden!

Dennoch, Herr Bürgermeister, stellt sich die Frage, ob Sie nicht vorsorglich ein Haushaltssicherungskonzept entwickeln müssen. Denn, da sich die Rahmenbedingungen ständig verändern, ist u.E. nicht sicher, dass trotz intensiver Einsparungen uns der HH-Ausgleich gelingt.

Lassen Sie mich Ihnen abschließend ein gesegnetes Weihnachtsfest, verbunden mit einem guten Start in das Jahr 2003 wünschen.
Ich hoffe zuversichtlich, dass es uns gemeinsam gelingen wird, die vor uns liegende ‚schwierige Zeit zu meistern und unsere Gemeinde Eitorf lebenswert zu erhalten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Wolfgang Kretzschmar

Nach dem Vortrag der Haushaltsreden geht der Bürgermeister noch einmal auf den Antrag der EWG auf eine 20%ige Senkung der Verfügungsmittel und Fraktionsentschädigung ein. Er fasst den Antragsgegenstand zusammen und fragt nach Wortmeldungen.

Nach Meinung von Herrn Tendler handele die EWG nach dem St.-Florians-Prinzip. Er gehöre keiner Fraktion mehr an. Insofern sein der Antrag unehrlich und in Bezug auf die eingesparte Summe von rund 2.300,00 € auch an der Sache vorbei.

Auch Herr Schmidt hält den Antrag für blanken Populismus.

Herr Kretzschmar wehrt sich gegen die Aussagen von Herrn Tendler. Diese nehme er so nicht hin.

Der Bürgermeister lässt anschließend über den EWG-Antrag abstimmen.

Beschluss-Nr. XI/26/348	Der Rat lehnt den Antrag des Ratsmitgliedes Kretzschmar auf 20%ige Senkung der Fraktionsentschädigung und der Verfügungsmittel ab.
Abstimmungs-Erg.:	Mehrheitsbeschluss bei 01 Gegenstimmen
Beschluss-Nr. XI/26/349	Der Rat der Gemeinde beschließt die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan sowie den übrigen Anlagen für 2003.
Abstimmungs-Erg.:	Mehrheitsbeschluss bei 07 Gegenstimmen und 03 Enthaltungen